

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 1,20 Mark, monatlich 3 Pfennig. Die einzige Nummer kostet 2 Pfennig. Nach auswärts Postporto inbegriffen.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhofstraße 5 und von allen Anzeigen-Expeditoren angenommen. Die festschreibende Preistabelle folgt 6 Pfennig, die Restausgabe 10 Pfennig.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehntz, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Sprechsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder.

Anzeigenpreis für die neugegründete Kleinzeile oder deren Raum 20 Pfennig, auswärts 25 Pfennig. Reklamazeile 100 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs

Nr. 109.

Postfach-Ronto: Berlin 62448

Dienstag, den 14. Juli 1925

Postfach-Ronto Berlin 62448.

24. Jahrg.

Hohen Neuendorf.

Der Gemeindevorsteher macht bekannt:

Steuerzahlung. Hauszinssteuer, Real Grundvermögenssteuer und Gemeindeförderungssteuer für Juli sind bis zum 15. Juli an die Gemeinde- und Steuerkasse zu entrichten.

Zugelassen. Ein echter Jagdhund.

Der Amtsvorsteher Schönfließ.

Eine Gans mit grauem Abzeichen abhandelt bekommen. Bergfelde, den 13. Juli 1925. Der Amtsvorsteher. Vors.

Was gibt es Neues?

Bei Beratung der Aufwertungsfrage im Reichstag kam es zu einem scharfen Vorstoß des Abg. Dr. West gegen den Reichstanzler.

Zur Schaffung eines Zepplins für die Nordpol-Expedition soll eine deutsche Volkspende in die Wege geleitet werden.

Wegfall der Räumung der Sanftionsstädte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort mochten Franzosen und Belgier allerlei Einwände. Eine Stellungnahme der Reichsregierung steht zu erwarten.

Nach der Aussprache.

Der Reichstag tagte am Freitag, dem ersten Tag der Aufwertungsansprache, bis gegen Mitternacht, um bald an diesem ersten Verhandlungstage die allgemeine Aussprache zu beenden. Voraussetzlich werden die Einzelberatungen, die am Sonnabend ihren Anfang nahmen, sich bis Dienstag hinziehen. Der Reichstag wies am Freitag alle äußeren Anzeichen eines sogenannten großen Tages auf, nicht nur die Tribünen waren überfüllt, auch die Abgeordnetenbänke zeigten erfreulicherweise nicht jene gähnenden Lücken, die man in letzter Zeit zu schauen gewohnt geworden ist. Die schuldige Rücksicht der Abgeordneten auf die brennende Aufmerksamkeit des Landes gegenüber diesen Aufwertungsfragen hatte über die sich bereits recht unangenehm breit machende Ferienstimmung der Herren Reichsboten den Sieg davongetragen. Unter den zahlreichen Tribünenbesuchern konnte man weiter unsehbar die vielen Vertreter der verschiedensten Sparer- und Rentnerorganisationen feststellen. Erfreulicherweise blieben aber alle wohl von gewisser Seite erhofften Erörterungen von der Tribüne her aus, obwohl die parlamentarischen Kämpfe da unten im Hause mit beträchtlicher Schärfe geführt wurden.

Überblicken wir jetzt, nachdem in der allgemeinen Aussprache alle großen Parteien bereits ihre ersten Sprecher vorgebracht haben, die Lage, das Schlachtfeld in dieser brennenden Aufwertungsfrage, so müssen wir in erster Linie die immerhin erfreuliche Feststellung treffen, daß trotz des parteipolitisch angehauchten Zündstoffes alle Parteien es verstanden, den Kern der Aussprache über eine der wichtigsten Existenzfragen des alten Mittelstandes zu retten, es verstanden haben, einer allzu großen Verdrängung in allgemeinen parteipolitischen Traktat vorzubeugen. Bewundern wir allerdings die unnütze Schärfe des bekannten Aufwertungskämpfers Dr. West. Weder sein wesentlich über das Ziel hinauschießender Vorstoß gegen den Reichstanzler, noch seine Erzählungen über Internas in der Reichstagsfraktion, der er früher angehört, sind im Grunde genommen als zur Sache gehörig anzuspochen. Diese Entgegnung — denn um eine solche handelt es sich — ist umso bedauerlicher, als gerade Dr. West sich wegen seines unerhörten Vorgehens in der Aufwertungsfrage nicht mit Unrecht der weitgehenden Sympathien im Lande erfreut.

Über diese Feststellung hinaus, müssen wir aber sagen, daß diese Aufwertungsansprache einmal den klaren Beweis erbracht hat, daß das Reich zur Stunde finanziell nicht in der Lage ist, ohne Gefährdung der sich bestehenden und abzuahnenden Finanzgefährdung eine durchgreifende großzügige Lösung der Aufwertungsfrage vorzunehmen. Zum anderen hat diese Aussprache ergeben, daß die in dem Kompromiß der Regierungsparteien gefundene vorläufige Lösung nur als ein Anfang, als ein guter Wille zum Wiedergutmachen anzusprechen ist, denn sonst wäre es wahrlich ein Hohn auf den durch die Inflationschäden so gut wie zur Strecke gebrachten alten, wirtschaftlich so notwendigen Mittelstand. Ein Weiteres noch hat die Aussprache mit großer Klarheit ergeben, daß es vom allgemein nationalen Interesse aus ein Unfang sondergleichen ist, diese brennende Aufwertungsfrage zu parteipolitischen Anlieberungsfordernungen zu mißbrauchen, da alle politischen Parteien fast gleichmäßig ihr gerüttelt Maß von Schuld haben an dem bösen deutschen Werkstoff, der wesentlich die Ursache der deutschen Inflation bedingt.

Der bittere Wirtschaftsernt der Lage kennzeichnet sich auf der einen Seite durch die wohlberichtigte Sorge der Regierung, nicht die geringste Handlung zuzulassen, die die mühsam geschaffene Stabilisierung der deutschen Mark wieder gefährden könnte, auf der anderen Seite aber durch die cherne Tatsache, daß die im Kompromiß der Regierungsparteien niedergelegte vorläufige Aufwertung bei der beispiellosen Not der Geschädigten nicht als eine Aufwertung angesehen werden kann, die die notwendige Einlösung der staatlichen Ehrenschuld gegen den Mittelstand bewertet werden kann. Als Aktakt, als Zeichen guten Willens zur Bereitschaft ist auch dieses Aufwertungskompromiß zu betrachten. Wir hoffen, daß es der Anfang in der Abtragung dieser Ehrenschuld ist, einer Ehrenschuld gegen einen Stand, der erhalten bleiben muß, will das Reich gesund sein.

Rubrräumung vor dem Termin.

Der Reuterkorrespondent in Köln hört von maßgebender Seite, daß die Räumung des Ruhrgebietes mehrere Wochen vor dem angekündigten Termin beendet sein wird. Er berichtet weiter: Die Behörden in Hattlingen, Witten, Bochum, Solingen und Recklinghausen sind verständigt worden, daß alle in diesen fünf Städten rauierten Gebäude Ende der Woche freigegeben werden. In Kattlauer sind die Stadtbehörden aufgefordert worden, hundert Quartiere für französische Offiziere aus dem Ruhrgebiet zur Verfügung zu stellen. Eine französisch-marokkanische Division, die nach Marokko beordert ist, und eine andere französische Division aus dem Ruhrgebiet sind auf dem Wege nach Frankreich. Die Wirkung der erwähnten Entscheidung wird sein, daß die französischen Kolonialtruppen aus dem Rheinlande so gut wie verschwinden.

Deutschlands Recht auf Luftschiffahrt.

Eine Ausdehnung des Industrie- und Handelsstaats. Der Deutsche Industrie- und Handelsstag hat zur Note der Vorkonferenz über die Luftschiffahrt den Reichstanzler Stellung genommen.

Das Schreiben geht auf die Note ein, die in allen wesentlichen Punkten neue Einengungen bringt, während die Entwicklung der Technik wesentliche Erleichterungen verlangt und Deutschland auf diese auch nach dem Verträge von Versailles und dem Londoner Ultimatum ein klares Recht hat.

Im einzelnen wird nachgewiesen, daß die geforderte Beschränkung den Erfordernissen einer größeren Sicherheit und Wirtschaftlichkeit des Luftverkehrs entgegenläuft und die Entwicklung der zivilen deutschen Luftfahrt völlig dem Ermessen Fremder anheim zu geben geeignet sind. Die Eingabe betont, daß diese Aufgaben im schärfsten Widerspruch zu den Verdiensten der deutschen Technik gemacht werden.

Wenige Monate nach dem Ueberfliegen des Dzeans durch das Zepplinluftschiff „Z. R. V“, wenige Wochen nachdem Flugzeuge deutscher Konstruktion unter der gespanntesten Aufmerksamkeit aller Völker eine Erdumrundungsfahrt zum Nordpol angetreten haben und in einer Zeit, da in Deutschland die Vorbereitungen zu neuen wissenschaftlichen Fahrten geschaffen werden, stellt sich die Note als ein Anschlag nicht nur gegen die deutsche Technik, sondern gegen den technischen Fortschritt der Menschheit überhaupt dar und als schwere Schädigung für Wirtschaft und Industrie wie auch für den Geist gemeinsamen Schaffens der Völker.

Die Hauszinssteuer.

Wohnungs- und Mietselend.

Der Steuerausdruck des Reichstags sieht seine Beratungen über den Finanzgleich und zwar zur Hauszinssteuer fort. Zum Rat. 26 beantragten die Sozialdemokraten folgende Verringerung:

„Die Länder haben in Zusammenange mit der Regelung des Mietwesens von allen Gebäuden und Gebäudeteilen eine Steuer zu erheben in Höhe von mindestens zwanzig vom Hundert der Friedensmiete. Das Aufkommen der Steuer ist zur Förderung des Wohnungsbaues und zur Erhaltung des alten Wohnraumes zu verwenden.“

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns führte aus, daß die Hauszinssteuer bis jetzt in den einzelnen Ländern in ganz verschiedenem Umfang für die Förderung des Wohnungsbaues verwendet worden sei. Freuen verwendete für diesen Zweck 14 Proz. der Friedensmiete, andere Länder 10 Proz., andere wieder weniger als 3 Proz. Von der Wohnungsnot sei das ganze Reich betroffen, wenn auch die Stärke gewissen örtlichen Schwankungen unterliegt.

Abg. Dr. Quast (Dnat.) betonte, daß auch seine Parteifreunde der Hauszinssteuer sehr kritisch gegen-

überstünden. Diese Steuer stelle noch eine Erbschaft dar aus der Zeit der früheren Kabinette und sei bedenklich belastet mit Ideen der Verschlingungswelt aus dem Bereiche des Sozialismus. Er könne nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß die Bau-tätigkeit in hohem Maße gehemmt worden sei. Der Grund liege in der Verdrängung des ungelerten vor dem gelehrten Arbeiter und die Folge sei, daß die guten Handwerker ins Ausland abwandern. Die Lohnpolitik sei behaupteungsweise eingestellt auf die jungen Burden, die auf die Straße gehen, um Politik zu machen. Die Hauszinssteuer bedeute in gewissem Sinne eine Gefährdung des Eigenbesitzes. Die soziale und sittliche Befundung des Volkes sei aber nicht unter dem System der Großmietenhäuser, sondern besser durch die Verteilung der Bevölkerung auf möglichst eigene Wohnhäuser zu erreichen.

Wie ein Berliner Blatt meldet, besteht die Absicht, die Mieten vom 1. August ab auf 90 Proz., vom 1. Oktober ab auf 100 Proz. der Friedensmiete zu erhöhen. Damit dürfte aber der Höhepunkt der Mieten noch nicht erreicht sein, denn es ist an eine weitere Erhöhung auf 130 Proz. gedacht.

Von der erhöhten Friedensmiete vom 1. August ab soll der Vermieter 56 Proz. erhalten. 34 Proz. entfallen auf die Hauszinssteuer. Von diesen 34 Proz. sollen 4 Proz. den Gemeinden überwiesen werden, 2 Proz. werden für den Finanzbedarf des Staates einbehalten. Die weitere Erhöhung der Hauszinssteuer am 1. Oktober um 6 Proz. soll ausschließlich zum Ausgleich des ungedeckten Festbetrages im Preussischen Staatshaushalt Verwendung finden. Der Staatsrat hat sich mit dieser Verteilung der Hauszinssteuer nicht einverstanden erklärt. Die Regierung wird die Vorlage nunmehr dem Ständigen Landtagsauschuß unterbreiten und die ganze Frage auf dem Notberordnungswege erledigen. Jedenfalls ist mit dem erwähnten Erhöhung der Miete zu rechnen.

Um die deutsche Antwortnote.

Vor Feststellung des Wortlautes.

Der Wortlaut der deutschen Antwortnote steht immer noch nicht fest. Auch über einzelne Punkte des Inhalts dürfte noch nicht völlige Klarheit herrschen. Es liegt noch kein Entwurf vor.

Im Reichstagsauschuß für Verkehrsangelegenheiten stellen nach Anbruch eines Berichtes des Verkehrsministeriums die Abgeordneten Schmidt-Dannover (Ztl.) und Engberding (D. Sp.) folgenden Antrag:

„Die neue Note der Vorkonferenz über den deutschen Luftbauausbau bedeutet eine durch keine

DRINA
Möbel
Die sind auch Preislos

Schlafzimmer	540.—	600.—	650.—	700.—
	750.—	bis 2500 M.		
Speisezimmer	500.—	600.—	650.—	700.—
	725.—	bis 3000.— M.		
Herrenzimmer	525.—	600.—	650.—	700.—
	800.—	bis 3000.— M.		

Auf Wunsch Zahlungsvereicherung.

Berlin,
Elsässer Straße 37 (nahe Oranienburger Tor),
Brunnenstraße 33
Drimmer & Halpern.